krönten Züge nach dem heiligen Lande. Etwaigen skeptischen Zuhörern hat die amtliche Berichterstattung das Glauben erleichtert, indem sie in die Welt telegraphirte, die Burghers seien von ihrem staatlichen Untergang hocherfreut. Eine Depesche meldete sogar, in Pretoria hätten Boeren ihrer Betheiligung durch Hochrufe auf Kitchener Luft gemacht. Außerhalb Englands wird man das auch nicht gerade für unmöglich halten, aber annehmen, den Engländern, die so viel Geld in dieses Unternehmen gesteckt, sei es auch nicht darauf angekommen, zur Decoration ihres Erfolges etliche Dutzend Leute geschwinde fürs Vivatschreien zu engagiren. In der deutschen Presse überwiegt bei aller realpolitischen Bewerthung des thatsächlichen Ausgangs die Werthung der sittlichen Factoren, wobei das Haben-Conto Englands nicht viel Tinte beansprucht. Fast allgemein ist ein schmerzliches Erstaunen über die überaus ungünstigen Bedingungen, die die Boerenführer hinnahmen oder hinnehmen mußten. Die todesmuthigen Kämpfer haben keineswegs das Recht zum Waffentragen behauptet, was ihnen — gegen Nigger und wilde Thiere und gegen Lösung von Waffenscheinen, die versagt werden können — in dieser Richtung bewilligt ist, bedeutet nicht mehr als das, was in europäischen Ländern und zugleich im politischen Frieden hinsichtlich des Waffentragens und des — Bezugs von Rattengift unter besonderen Umständen erlaubt wird. Was ihre Sprache angeht, ist der Unterricht in ihr den Kindern der Boeren in einer Form zugestanden, die der chicanösen Vorenthaltung des Rechtes Thür und Thor öffnet, und für die Rechtspflege ist Gebrauch des „Dialects" nur so bedingt versprochen, daß die Erfüllung bequem verweigert werden kann. Nicht minder zweideutig ist die Fassung der Unterwerfungsurkunde, die von dem Wahlrecht der Boeren handelt, der Unterwerfungsurkunde, so werden die Engländer das von Kitchener errungene Document wohl nennen, wenn die Streiter einmal entwaffnet und zu Hause sind. Eins ihrer Blätter hat sofort bemerkt, man sei in Verlegenheit, wie man das Schriftstück von Vereenigiog taufen solle, es sei kein Vertrag und keine Convention. Das stimmt. Verhältnißmäßig günstig scheinen die pecuniären Zugeständnisse zu sein.

Deutsches Reich.

□ **Berlin,** 5. Juni. (Grober Unfug.) Der Berliner Polizeipräsident sah sich letzter Tage genöthigt, öffentlich mitzutheilen, daß die in der Zeitschrift „Die Woche" wiedergegebenen Abbildungen der Betrügerfamilie Humbert der Wirklichkeit absolut nicht entsprächen. Es liegt auf der Hand, daß die Presse, ebenso wie sie vom allergrößten Nutzen für die Ermittelung von Missethätern sein, andererseits die Ermittelungsversuche aufs Aeußerste erschweren kann, wenn sie irreführende Abbildungen der gesuchten Personen bringt; die Gefahr der Erschwerung der polizeilichen Bemühungen ist um so größer, je verbreiteter das betreffende Preßorgan ist. Es ist deshalb zu erwägen, ob in solchen Fällen — vorausgesetzt, daß das betreffende Preßorgan nicht selbst irregeführt worden ist, — nicht strafrechtlich eingeschritten werden soll. Ideell könnte man in der bewußten Veröffentlichung falscher Abbildungen eine Begünstigung erblicken, weil dadurch die Habhaftmachung des Missethäters erschwert und verzögert wird; strafrechtlich allerdings dürfte die Anwendung des § 257 kaum angängig sein, weil danach der Begünstigende die Absicht verfolgen muß, den Missethäter der Bestrafung zu entziehen; hier aber liegt natürlich nicht diese Absicht vor, sondern nur diejenige der Reclame für die „Aktualität" der Zeitschrift. Wohl aber könnte der Paragraph vom groben Unfug zur Anwendung gelangen. Wir sind entschiedene Gegner des Mißbrauches, der mit diesem Paragraphen, insbesondere der Presse gegenüber, nur zu oft getrieben worden ist, in diesem Falle aber ist unserer Meinung nach der grobe Unfug gegeben, wie er im Buche steht. Im Wesen des groben Unfugs liegt es, daß durch die betreffende Handlung dritte Personen belästigt werden. Der Polizeipräsident erklärt aber in seinem Schreiben, daß er die Mittheilung bezüglich der „Woche" mache, „um weiteren Beunruhigungen des Publicums und Verdächtigungen unbetheiligter Personen vorzubeugen." Nun, wir meinen, daß Jemand kaum stärker belästigt werden kann, als wenn er durch eine leichtfertige falsche Veröffentlichung in den Verdacht geräth, mit einer Person identisch zu sein, die wegen eines schweren Verbrechens verfolgt wird. Reclame ist heut zu Tage statthaft und geboten, aber wenn sie zum groben Unfug ausartet, soll man sie auch als solchen behandeln.

f. **Berlin,** 5. Juni. Die Einigkeit der bürgerlichen Parteien und die Socialdemokratie. Bei den communalen Wahlen in Pforzheim haben die Socialdemokraten mit erheblicher Mehrheit über die bürgerlichen Parteien gesiegt. Die socialdemokratische „Mannheimer Volksstimme" bemerkt dazu: „Der Wahlsieg ist ein Beweis dafür, welch' anfeuernden und begeisternden Einfluß der Zusammenschluß der bürgerlichen Elemente auf unsere Anhänger ausübt". Wir glauben nicht, daß damit dieser Beweis thatsächlich erbracht sei. Wenn die socialistischen Bewerber um 30 Proc., die bürgerlichen nur um 19 Proc. zugenommen haben, so liegt der Grund wohl nicht in der durch den Zusammenschluß der bürgerlichen Elemente gesteigerten Thätigkeit der Socialdemokratie, sondern einfach darin, daß in einer rasch zunehmenden Industriestadt die Arbeiter und damit die Socialdemokratie im stärkeren Verhältnisse zunehmen als die bürgerlichen Elemente. Wir sehen dies bei den Reichstagswahlen in sehr vielen Großstädten, wie Berlin, Breslau, München u. s. w. Daß der Zusammenschluß der bürgerlichen Elemente diesen nützt und der Socialdemokratie Abbruch thut, hat sich mehr als einmal bei Reichstagswahlen gezeigt. So brachten beispielsweise im Jahre 1890 bei den Wahlen in Bremen die getrennt marschirenden bürgerlichen Parteien bei der Hauptwahl nur 15 600 Stimmen gegen 14 800 socialistische Stimmen auf. Bei den Wahlen von 1893 gingen die bürgerlichen Parteien geschlossen vor und das Resultat war, daß sie um mehr als 3000 Stimmen zunahmen, während die Socialdemokraten um 300 Stimmen abnahmen. Wo blieb also da der befürchtete Einfluß der bürgerlichen Elemente auf die Socialdemokratie? Wäre der Zusammenschluß der bürgerlichen Elemente thatsächlich zum Vortheile für die Socialdemokratie, so wäre es doch höchst unlogisch, daß diese jedesmal Gift und Galle speit, wenn bürgerliche Parteien sich gegen sie zusammenthun. Da es sich hier um einen Vorgang im Großherzogthum Baden handelt, so sei auch ein Beispiel aus diesem Lande angeführt. Als bei den vorigen Landtagswahlen in Karlsruhe die freisinnigen mit den Nationalliberalen zusammengingen, zeterte die socialistische Presse über diese Haltung der freisinnigen Partei, von ihrem Standpuncte ganz mit Recht, da das Ergebniß dieses Zusammenschlusses war, daß die demokratisch-socialistische Coalition unterlag und die Socialdemokraten zwei Landtagsmandate verloren. Wenn schon ein theilweises Zusammengehen der bürgerlichen Elemente — denn die Demokraten blieben ja mit der Socialdemokratie verbündet — einen solchen Erfolg zeitigen konnte, so werden sich hoffentlich die bürgerlichen Parteien auch durch den Mißerfolg von Pforzheim nicht von solchen Coalitionen abschrecken lassen.

— Ueber den Schluß der Landtagssession ist bis heute noch nichts entschieden. Wie verlautet, bestehe beim Herrenhause keine Geneigtheit, früher als am 26. Juni wieder zusammen zu treten. Darauf würde es indeß wenig ankommen, falls nur bei der Regierung der Wunsch rege geworden wäre, die Session in etwa 10 Tagen zu schließen. Das könnte allerdings nur durch Verzicht auf manche wichtige Vorlage geschehen. Die Conservativen, welche um die Zurückziehung des Entwurfs, betr. die Ausbildung zum Justizdienst gebeten haben, möchten andererseits die Vorlage, betreffend die Vorbereitung zum höheren Verwaltungsdienst, erledigt wissen. Es dürfte sich aber kaum eine andere Partei bereit finden lassen, dem Wunsche der Conservativen zu entsprechen und diese Vorlage übers Knie zu brechen. — Die Entscheidung über nochmalige Vertagung oder über Schluß der Session wird vielleicht noch in dieser Woche fallen.

— Die Mehrheitsparteien des Reichstags unter Führung der Abgg. Dr. Paasche, v. Staudy, Graf Carmer und Prinz Arenberg haben einen Compromißantrag für die zweite Lesung des Süßstoffgesetzes eingebracht, enthaltend Süßstoffverbot mit Entschädigung der vor dem 1. Januar 1900 vorhandenen Fabriken; außer für die Apotheker werden für den Verkauf nur gewisse Ausnahmen widerruflich durch den Bundesrath zugelassen, zu heilwissenschaftlichen Zwecken u. s. w.

— Zur Reichstagsersatzwahl im Lieber'schen Wahlkreise erhält die „Germania" von dem Vorsitzenden des Nassauischen Bauernvereins, Hauptmann z. D. v. Graberg eine Zuschrift, in der er ausführt: Der Nassauische Bauernverein hat mit der Wahlangelegenheit nicht das Geringste zu thun. Am 4. Mai fand die diesjährige Generalversammlung des Nassauischen Bauernvereins statt. Nach Schluß derselben machte G. die Vertrauensmänner darauf aufmerksam, daß im nächsten Jahre allgemeine Wahlen bevorständen, und ermahnte sie, nur einem solchen Manne ihre Stimme zu geben, der „ein Herz für die bedrängte Landwirthschaft" besitze. Auf diese Worte fühlte sich ein Vertrauensmann bewogen, zu erwidern, „daß der beste Vertreter der Bauern doch zweifellos Ihr Vorsitzender sein würde." Dieser Ausdruck des Vertrauens fand einstimmigen Beifall und G. erwiderte: „Das ist Zukunftsmusik, — das hängt nicht von mir ab. Wenn ich aber von maßgebender Stelle aufgestellt werden sollte, — so werde ich in Ihrem Interesse die Wahl annehmen." Aus dem weiteren Schreiben geht aber hervor, daß von Graberg die Aufstellung seiner Candidatur gewünscht und sich die bündlerischen Stimmen gesichert hatte.

— In Lüneburg wurde am 19. Mai 1901 eine Landesversammlung der deutsch-hannoverschen Partei (Welfen) abgehalten. Diese Versammlung war vom Rittergutsbesitzer Werner v. Meding einberufen worden; den Vorsitz übernahm der Rittergutsbesitzer Ernst v. d. Decken. Nach dem Reichstagsabgeordneten v. Langenheim ergriff der Lehrer Alpers das Wort, der nach den angestellten Ermittelungen u. A. sagte: „Die Alldeutschen sind durch ihre Abstammung von den Nationalliberalen erblich belastet mit der preußischen Kleptomanie." Nicht lange nach diesen Worten erklärte der Polizeidirector Barnstedt aus Lüneburg die Versammlung für aufgelöst; der Vorsitzende hatte sich nicht veranlaßt gesehen, die von Alpers gebrauchten Worte zu rügen. Gegen die Auflösung der Versammlung erhoben die Herren Ernst v. d. Decken und Werner v. Meding Beschwerde und suchten nachzuweisen, daß der Polizeidirector nicht berechtigt gewesen sei, die Versammlung wegen der Worte des Lehrers aufzulösen. Sowohl der Regierungspräsident als auch der Oberpräsident wiesen indessen die Beschwerde ab, nachdem inzwischen der Lehrer Alpers auf Grund des § 131 des Strafgesetzbuches vom Landgericht zu 300 ℳ Geldstrafe verurtheilt worden war. Schließlich erhoben der Vorsitzende und Einberufer jener Versammlung Klage gegen den Oberpräsidenten beim Oberverwaltungsgericht, das auch der Klage stattgab und unter Anderem geltend machte, der Polizeiverwalter sei nicht berechtigt gewesen, die Versammlung aufzulösen, wenn auch ein Redner durch obige Aeußerung dem preußischen Staate nachgesagt habe, daß dieser eine krankhafte Sucht besitze, sich unrechtmäßig fremdes Land anzueignen. Es sei aber nicht anzunehmen, daß durch jene Aeußerung eine Anreizung zu strafbaren Handlungen stattgefunden habe. Auch sonst habe kein gesetzlicher Grund vorgelegen, die Versammlung aufzulösen.

— Der Reichskanzler Graf v. Bülow hat sich auf Einladung des Kaisers zur Einweihungsfeier nach Marienburg begeben, wo er morgen früh hier wieder eintreffen wird.

— Bei dem Staatssekretär Grafen Posadowsky fand heute ein parlamentarischer Abend statt, zu dem die preußischen Minister, die Staatssekretäre, die Spitzen der Beamtenwelt, zahlreiche Abgeordnete aller Parteien, Vertreter aus Gelehrten- und Künstlerkreisen und der Publicistik erschienen waren. Die Gesellschaft verweilte zunächst in den Garten des Reichsamts des Innern, wo eine Musikkapelle spielte und an dessen Portal Staatssekretär Graf Posadowsky und Gemahlin die Gäste empfingen. Später begaben sich die Gäste in die oberen Räume, wo ein Buffet aufgestellt war. Der Abend nahm einen angeregten Verlauf.

— Der Herzog Nikolaus von Württemberg ist hier angekommen.

* **Dortmund,** 4. Juni. Der „D. T." wird von hier geschrieben: „Der Vicepräsident des Norddeutschen Lloyd, Achelis, sagte bei Gelegenheit des heutigen Frühstücks, welches die Stadt Dortmund den Mitgliedern des Congresses der Schiffsbautechnischen Gesellschaft gab, daß es der Wunsch des Kaisers sei, den Mittellandcanal bald in Angriff genommen zu sehen, und daß der Kaiser an dem Gedanken, den Canal zu bauen, durchaus festhält. „Der Mittellandcanal kommt ganz bestimmt!" so soll der Kaiser kürzlich an Bord des Dampfers „Kronprinz Friedrich Wilhelm" zu dem Vicepräsidenten gesagt haben. — Sehr interessant ist der Zusatz, den der Correspondent oder das Blatt macht, was nicht klar erkennbar: „Wir glauben nicht, daß es dem Wunsche des Kaisers entspricht, wenn Aeußerungen, die er im zwanglosen Gespräche gethan hat, der breiten Oeffentlichkeit mitgetheilt werden."

* **Düsseldorf,** 5. Juni. Auf dem Internationalen Arbeiterversicherungs-Congreß, der am 17. d. M. hier beginnt, wird der Ehrenpräsident Dr. Bödiker über die wirthschaftliche und politische Bedeutung der deutschen Arbeiterversicherung referiren. Außerdem werden Geheimrath Dr. Zacher über die verschiedenen Systeme der Arbeiterversicherung in Europa, Geheimrath Hartmann über Entwickelung der Unfallversicherungstechnik, Director Max Schlesinger über die Förderung des Rettungswesens und des Rothen Kreuzes durch die Arbeiterversicherung, Geheimrath Bielefeldt über die Volkskrankheiten, Dr. Waldschmidt über die Bekämpfung der Trunksucht und Dr. Klein über die deutsche Unfallstatistik Vorträge halten. Für den 19. Juni ist eine Besichtigung der Krupp'schen Wohlfahrtseinrichtungen in Essen vorgesehen.

* **Gotha,** 5. Juni. Die Handwerkerkammer von Coburg-Gotha bejahte einstimmig die Anfrage der Regierung über die Einführung des obligatorischen Befähigungsnachweises für das Baugewerbe.

* **Ems,** 5. Juni. Der König von Schweden und Norwegen reiste heute Abend nach Stockholm ab.

* **Bad Kissingen,** 5. Juni. Fürst Nicolaus von Montenegro traf heute zum längeren Curgebrauche hier ein.

* **Mannheim,** 5. Juni. Der Großherzog und die Großherzogin unternahmen heute Nachmittag eine Rundfahrt durch die reich geschmückte Stadt und wurden von der in den Straßen angesammelten und Spalier bildenden Menge mit jubelnden Zurufen begrüßt. Nach Eintritt der Dunkelheit wurde dem Großherzog und der Großherzogin ein Lampionzug dargebracht, den dieselben vom Balcon des Schlosses an sich vorbeiziehen ließen. Gesangvereine trugen mehrere Lieder vor. Das Kaiser-Denkmal, der Monumentalbrunnen und die Neckarbrücke erstrahlten in prächtiger Beleuchtung.

* **Stuttgart,** 5. Juni. In Sachen des Ausstandes der Straßenbahn-Angestellten ist das Ministerium des Innern dem „Schwäbischen Merkur" zufolge bemüht, eine Verständigung herbeizuführen. Der Gemeinderath hat heute beschlossen, bei dem Amtsgerichte den Antrag zu stellen, eine Entscheidung darüber zu treffen, ob wegen Nichteinhaltung des zwischen der Stadt und den Straßenbahnen geschlossenen Vertrages der betreffende Paragraph des genannten Vertrages in Geltung trete, wonach die Stadt befugt sei, die Straßenbahn in eigene Verwaltung zu übernehmen.

Oesterreich-Ungarn.

Heeresfragen.

* **Pest,** 5. Juni. Die österreichische Delegation nahm in der heutigen Plenarsitzung den Occupationscredit mit den Nachtragscrediten an und begann die Berathung des Heeresordinariums. Der Reichskriegsminister erklärte behufs Vermeidung von Mißverständnissen bezüglich seiner im Budgetausschusse abgegebenen Erklärungen, daß die Kriegsverwaltung bezüglich der Haubitzen die einheimischen Etablissements zur Concurrenzbetheiligung nicht auffordern konnte, weil dies kostspielige Einrichtungen und Adaptirungen der betreffenden Etablissements vorausgesetzt hätte, welche für die Beschaffung von Haubitzenrohren im Betrage von 2 100 000 Kronen nicht rentirt hätten. Dagegen constatirt der Minister mit Genugthuung, daß sich die Kriegsverwaltung bezüglich der Marine-, Küsten- und Festungsgeschütze, die von der inländischen Firma Skoda bezogen würden, vom Auslande völlig emancipirt hätte. Bezüglich neuer Feldgeschütze dauerten die Versuche fort, sowohl mit Bronzerohren eigener Erzeugung, als auch mit ausländischen und heimischen Stahlrohren, welche letztere bezüglich der Güte des Materials jenen des Auslandes, wenn nicht über, doch gewiß gleichwerthig seien. In der jüngsten Zeit hätten die Skodawerke die Kriegsverwaltung zu sofortigen abgeschlossenen neuen Versuchen über sprengsicheren Kanonenstahl eingeladen, welcher nach den vorliegenden Acten dem besten Kanonenstahl ebenbürtig, wenn nicht überlegen ist. Die Versuche würden neuerlich von der Kriegsverwaltung überprüft werden. Abrahamowicz erklärte, die Polen würden für die Heereserforderung, welche die Bevölkerung schwer belastete, nicht leichten Herzens stimmen. Sie bewilligten sie, weil sie ein mächtiges, starkes Oesterreich wünschten, das immer in der Lage wäre, seine Politik, ohne nach irgend einer Seite sehen zu müssen, so einzurichten, wie dies den österreichischen Interessen entspreche. Deshalb votirten die Polen dem Reich die moralische Kraft, die einst in der Stunde der geschichtlichen Entscheidung schwer in die Waagschale fallen werde. Kaftan erklärte, der Mangel an Entgegenkommen der Kriegsverwaltung und die übergroße Belastung der Bevölkerung durch die stets steigenden Militärlasten veranlasse die Jungtschechen, gegen das Budget zu stimmen. Lukfch griff heftig den Kriegsminister an und kündigte an, seine Partei werde namentliche Abstimmung über die Votirung des Budgets verlangen. Nächste Sitzung morgen.

Frankreich.

Cabinetsbildung; Scandal.

* **Paris,** 5. Juni. Wie es heißt, wird Combes das Cultusministerium übernehmen. Er sucht, Rouvier für den Posten des Finanzministers zu gewinnen. Die Liste der neuen Minister umfaßt möglicher Weise außerdem Delcassé als Minister des Aeußeren, André als Kriegsminister, Lanessan oder Pelletan als Marineminister und Trouillot als Unterrichtsminister.

* **Paris,** 5. Juni. Der Tumult in dem Wahlprüfungsausschuß wurde durch die Vorlage zweier Wahlaufrufe veranlaßt, welche die nationalistische Vaterlandsliga im Laufe der Wahlcampagne hatte anschlagen lassen. In einem dieser Aufrufe wurde unter Hinweis auf einen Brief des früheren Kriegsministers Galliffet das Ministerium Waldeck-Rousseau als ein Ministerium des Auslandes bezeichnet, in dem andern das Ministerium beschuldigt, einen Theil der von Frau Humbert erschwindelten Millionen zu Wahlzwecken verwendet zu haben. Der conservative Abgeordnete de Largentaye erklärte, er billige diese Wahlaufrufe vollständig und rief: die Republikaner sind Verräther und Verräther; sie stehen im Solde des Auslandes. Sodann stieß er Schimpfworte gegen Loubet aus. Der Zwischenfall erregte unter den radicalen Deputirten lebhafte Erbitterung. Später kam es in den Wandelgängen der Kammer zwischen den Radicalen und Nationalisten zu scharfen Auseinandersetzungen und zu Thätlichkeiten.

* **Havre,** 5. Juni. Der Dampfer „Olinde Rodrigues", der von den Antillen kommt und den früheren Präsidenten der Republik Haiti, Sam, an Bord hatte, ist heute früh im hiesigen Hafen eingetroffen. Präsident Sam und sein Gefolge sind nach Paris weitergereist, wo sie sich einige Monate aufzuhalten gedenken.

Italien.

Die Italiener in Tunis.

* **Rom,** 5. Juni. (Deputirtenkammer.) Auf eine Anfrage des Deputirten Aguglia, ob der Minister beabsichtige, gegen gewisse Urtheile Einspruch zu erheben, die die türkischen Behörden zum Nachtheil italienischer Reichsangehöriger in Tripolis gefällt hätten, erklärt der Minister des Aus-

---

und Großvater gelebt hatte. Er mußte mehr auf sein Aeußeres geben, er mußte sich eleganter kleiden, er mußte etwas aus sich machen. Daß er nicht über das Ziel schießen würde, das wußte er, davor bewahrte ihn sein kühler Verstand, er wollte nur gleichberechtigt erscheinen in den Kreisen, wo er jetzt verkehrte. Das war vorläufig blos Rechnungsrath Keller's Stammtisch, es konnte aber auch noch anders kommen. Am anderen Tag ging er zeitig aus und gegen Mittag wurden für ihn Oberhemden, Cravatten, ein Anzug und neue Stiefel abgegeben. Minna war nicht wenig erstaunt, als sie die Packete in Empfang nahm, aber sie freute sich. Nun würde ihr Vater sie doch auch in die Gesellschaft begleiten, nun konnte sie sich mit ihm in ihrer eleganten Kleidung sehen lassen, ohne von ihm abzustechen. Sie verhehlte ihre Freude durchaus nicht und ihr Vater nahm ihre Lobsprüche mit Genugthuung auf. Gleich nach Tisch wurde ein Probeanziehen veranstaltet, und als er zum Kaffee erschien, ohne daß er zur Befestigung der Cravatte, die freilich ein bischen schief saß, seine Tochter gebraucht hatte, konnte diese sich des Beifalls nicht enthalten.

„Jetzt Vater", sagte sie, „kann uns Keiner!"

Das Compliment steckte Friedrich lächelnd ein.

Der Familie Keller mußte die Umwandlung Friedrich's natürlich auffallen. Frau Keller, immer bereit, alle Dinge zu ihrem Vortheil zu deuten, gab ihrer Schwester einen Wink und meinte, daß dieser äußere Aufputz wohl ihretwegen geschehen sei, eine Anregung, über die Clara quittirte, indem sie meinte, daß das ihr schon selbst bewußt sei, daß sie nun indessen auch auf sich etwas verwenden müsse. Die beiden Frauen hielten einen Kriegsrath, aber besser Tafferath ab, dessen Resultat war, daß sie sich in ein Abzahlungsgeschäft begaben und dort Fräulein Clara Heger möglichst vortheilhaft herausstaffirten. Dann wurde eine Gelegenheit gesucht, um Familie Friedrich einzuladen. Unter tausendfacher Entschuldigung über die beschränkte Wohnung, über das frugale Abendbrod, „so, wie Friedrichs, hätten sie es ja nicht", verging der Abend, der recht langweilig gewesen wäre, wenn nicht Fräulein Clara Clavier gespielt und gesungen hätte. Beides konnte sie ziemlich gut und es hielt für Minna sehr schwer, auch ein bischen Musik zur Unterhaltung beizutragen. Mit Hilfe eines alten Schulliederbuches sang sie mit Mathilde ein Duett, das nach dem Ausspruche der gesammten Glieder der Familie Keller ihrem Beruf zur Sängerin offenbarte. Minna war gescheidt genug, das nicht für baare Münze zu nehmen. Ganz außerordentliche Mühe um seinen Gast gab sich der Rechnungsrath. Er war unerschöpflich in Anecdoten, in Schilderung seiner dienstlichen Stellung und im Preisen der Vorzüge seines Sohnes, daß dieser blonde Jüngling beinahe roth geworden wäre, wenn er nicht selbst daran geglaubt hätte. Geradezu unheimlich war Fräulein Clara. Sie suchte jeden Wunsch Friedrich's zu erfüllen, und da er eine ganz besondere Vorliebe für Armeemärsche hatte, spielte sie einen Band dieser beliebten Stücke zweimal durch. Keller, Vater und Sohn, ließen es sich nicht nehmen, die Familie Friedrich nach Hause zu bringen, wobei selbstverständlich Herr Keller jun. Minna am Arme führte. Einer Anspielung des alten Keller, daß Beide doch ein sehr hübsches Paar abgeben würden, begegnete Friedrich mit der zutreffenden Bemerkung, daß leider der Mann einen halben Kopf kleiner als die Frau sei.

Der 1. April rückte allmählich heran. Ende März erhielt Minna einen Brief von ihrem Bruder Max, daß er wegen einer Verletzung wahrscheinlich Anfang April vom Militär entlassen werden würde. Er fragte zugleich an, welche Gesinnung jetzt der Vater gegen ihn hege. Für Minna war der Brief nicht angenehm. Sie hatte ihren Bruder lieb, wie sich Geschwister eben lieb haben, sie dachte jedoch, er könnte jetzt ihre Kreise stören. Dasselbe ahnte Friedrich, als Minna gesprächsweise die Unterhaltung auf Max brachte. Er stellte sich sehr zornig auf seinen Sohn und meinte, daß er, bevor er ins Vaterhaus zurückkehre, erst durch Arbeit beweisen solle, daß er sein Vergehen sühnen wolle. In diesem Sinne schrieb auch Minna, freilich in der Form so, wie eine liebende Schwester schreibt, und Max, der sich in der That seiner Dummheit schämte, ging auf ihren Vorschlag ein, gleich eine Stelle anzunehmen, ohne erst nach der Stadt gekommen zu sein. Nun waren Alle zufrieden. Von seinem mütterlichen Vermögen wollte Max nur ein paar Tausend Mark haben, und um die Angelegenheit zu regeln, ging Friedrich zum Justizrath Baumert.

Justizrath Baumert war ein Mann Anfang der Sechziger. Seine guten Beziehungen, seine verbindlichen Manieren, sein glattes Wesen erleichterten ihm seinen Berufungsmein. Er war einer der gefuchsestesten Rechtsanwälte, aber er plaidirte nicht mehr. In der Strafpraxis hatte er vor dreißig Jahren eine Berühmtheit erlangt und sein Ruhm war gestiegen, als er einem Bankier, der mit einem Aermel das Zuchthaus gestreift hatte, zur glänzenden Freisprechung verhalf. Es hatte Baumert unendliche Mühe gekostet, in das Labyrinth geschäftlicher Fäden des großen Bankhauses einzudringen, er hatte Tag und Nacht Gesetze und Geschäftsbücher studirt, um die Sache völlig beherrschen zu können, und es war ihm gelungen. Sein Scharfsinn fand verschiedene Hintertüren, die das Gesetz gelassen hatte, er fand in der Spruchpraxis eine Anzahl Fälle, die denen seines Klienten ähnlich waren und die die verschiedenen Richter milder beurtheilt hatten, so daß es ihm auch diesmal gelang, die Richter von der Unschuld seines Klienten zu überzeugen. Die Freisprechung wurde in allen Geschäftskreisen, die mit Geld und Gründungen zu thun hatten, mit großer Genugthuung aufgenommen und man beeilte sich, Baumert für sich zu gewinnen. Sein Rath wurde maßgebend und sein dankbarer Klient förderte ihn, wo er konnte. Er wurde Syndicus im Aufsichtsrath vieler Gesellschaften und steuerte alle seine Unternehmungen sicher durch den Krach der siebziger Jahre. So war er jetzt der juristische Theil der Hauptmacht der Stadt, nämlich des Goldenen Ringes, einer begrenzten Gesellschaft namhafter Persönlichkeiten, die das Geschäft controlirten und die sich hin und wieder in Aufsichtsräthen, in Directorialstellungen enger zusammenschlossen. Als in Blumenthal die Felder parcellirt wurden, hatte auch Baumert seine Hand mit im Geschäft und daher seine Bekanntschaft mit Friedrich.

„Was steht zu Diensten, mein verehrter Herr Friedrich", fragte er den Eintretenden. „Ich weiß, daß Sie jetzt, seit der dummen Geschichte mit dem Diebstahl, von dem immer noch nichts entdeckt ist, in der Stadt wohnen, und", setzte er lächelnd hinzu, „ich sehe, daß Sie jetzt auch ganz und gar Städter sein wollen."

Friedrich entging der kühle Spott nicht, der in den letzten Worten lag, allein, er fühlte sich nicht verletzt.

„Je nun, Herr Justizrath", meinte er, „ich muß schon etwas für meine Person thun, um nicht zu sehr gegen meine Tochter abzustechen, man ist ja noch so jung, — jedenfalls in den besten Jahren, und ich habe mich ja auch redlich geplagt, um nun einmal anders auftreten zu können."

„Gewiß, gewiß, mein lieber Herr Friedrich", lenkte der Justizrath ein, „ich freue mich sogar darüber, und was Sie wünschen, das glaube ich zu wissen. Sie kommen draußen wegen des Bebauungsplanes und der Einverleibung des Dorfes, nicht wahr?"

„Bebauungsplan, Einverleibung . . . .? Ich weiß von nichts. Was ist's denn damit?"

„Nun, vorläufig ist es ein Geheimniß, und wenn Sie noch nichts wissen, dann soll es auch Geheimniß bleiben . . . nicht für Sie, denn Sie sind bei der Sache interessirt, aber für andere Leute . . . . verstehen Sie, Niemand darf davon erfahren . . ."

„Herr Justizrath . . . ." Friedrich legte beheuernd die Hand aufs Herz.

„Die Sache ist die. Das Viertel Blumenthal bevölkert sich zusehends. Es entstehen neue Fabriken, neue Wohnungen werden gebraucht. Die Stadt muß sich ausdehnen. Es liegt auf der Hand, daß sie sich nach Osten, nach Oelz zu ausdehnt. Die Bauspeculation wird also fortschreiten und in Oelz Alles aufkaufen, was vorhanden ist. Es werden dort die zahlungsfähigsten Industriellen sich ansiedeln und die Stadt wird die besten Steuerzahler verlieren. Deshalb denkt man, Oelz in den Stadtbezirk aufzunehmen, vielleicht auch Liebenhain und Mosdorf, und stellt für die ganze Gegend einen Bebauungsplan auf, plant Straßenbahnen, will eine neue Stadt gründen. Sie, lieber Herr Friedrich, haben da draußen noch eine Menge Areal liegen und deshalb erzähle ich Ihnen die Geschichte. Verkaufen Sie jetzt noch nichts. Natürlich ist das Alles, was ich Ihnen sagte, Plan, der noch nicht gleich verwirklicht wird. Sollte freilich im Landtag die neue Bahn genehmigt werden, die mitten durch das Areal führt, dann dürfte sich die Geschichte sehr bald machen. Sehen Sie, das ist das Geheimniß."

Friedrich verharrte einige Zeit in Schweigen, dann bemerkte er: „Es ist mir sehr lieb, Herr Justizrath, daß Sie mir das gesagt haben. Beinahe hätte ich mein Grundstück verkauft, nun werde ich es noch einige Jahre behalten. Was mich aber eigentlich bewführt: Max, mein Sohn, kommt vom Militär. Er braucht einige Tausend Mark. Wollen Sie die ihm von seinem mütterlichen Erbtheil locker machen. Ich meine, ich will sie Ihnen geben, schicken Sie ihm das Geld und verrechnen Sie es auf seine Erbschaft."

Das wurde abgemacht und nach lebhaftem Händedrücken verabschiedete sich Friedrich.

Als zum Mittag Vater und Tochter am Tische saßen, erzählte Friedrich, was er von Baumert gehört hatte. Dann blickte er Minna fragend an.

„Hm", sagte sie, „Horn wird nicht verkaufen, Seebald auch nicht, aber Pazsch's Wilhelm und der Liebenhainer Rittergutsbesitzer, dessen Felder zum Theil mit auf Oelzer Flur liegen, die thun's. Die brauchen Beide Geld."

„Bist ein gescheidtes Mädchen, das habe auch ich gedacht. Ich werde es gleich heute noch besorgen."

Dann ging er in seine Stube und zog seine alten Kleider an. Gegen 1 Uhr trat er, zum größten Erstaunen der alten Christine, in sein Haus. In der ersten Woche der Uebersiedelung war er mehrere Male in Oelz gewesen, auch Minna, seit drei Wochen jedoch nicht. Er sah nach den Schweinen, er sah nach seinen Garben und sogar der Hund bekam heute Liebkosungen. Er sprach so laut mit Christine, daß man seine Stimme im Nebengehöfte hören mußte. Natürlich hörte Horn sie. Er guckte neugierig über den Zaun und sah mit spöttischen Blicken dem Gethue Friedrich's zu.

(Fortsetzung folgt.)